

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 29.01.2009
im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Gerd Wiesmann

Mitglieder:

Hartmut Ahold	Bocholt	
Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Bernd Bense	Schöppingen	
Hubert Bestert	Südlohn	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Karlheinz Busen	Gronau	
Heidi Buskase	Gronau	
Roman Cebaus	Stadtlohn	
Angelika Dannenbaum	Ahaus	
Martin Dirking	Velen	
Dietmar Eisele	Ahaus	
Manfred Epping	Schöppingen	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Sven Gabbe	Gronau	
Magdalene Garvert	Rhede	
Heinz Gerwens	Borken	bis TOP 5
Veronika Giesing	Isselburg	
Hermann Horstick	Gescher	
Hans Hund	Bocholt	
Markus Jasper	Heek	
Irmgard Kerkhoff	Rhede	
Johannes Kisfeld	Stadtlohn	
Anne König	Borken	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Berthold Langehaneberg	Legden	
Paul Lensing	Borken	
Gerhard Ludwig	Borken	bis TOP 6
Johannes Maus	Velen	
Klaus Meyermann	Bocholt	
Gerda-Marie Möller	Reken	
Josef Osterhues	Ahaus	
Hans Theo Peschkes	Bocholt	
Dorothee Pieper	Gronau	
Stephanie Pohl	Gescher	
Uta Röhrmann	Bocholt	

Maja Saatkamp	Borken	
Bernd Schlipfing	Vreden	
Rudolf-Josef Schmitz	Heek	
Werner Schnappenberger	Borken	
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Ursula Schulte	Vreden	
Friedel Sebastian	Raesfeld	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus	
Silke Sommers	Bocholt	
Jens Steiner	Heek	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Gerhard Temminghoff	Vreden	
Richard Temminghoff	Raesfeld	
Heinz-Josef Tönnies	Heiden	
Bernhard Völkerling	Gronau	
Gabriele Wahle	Ahaus	
Heinrich Weddeling	Südlohn	
Gertrud Welper	Vreden	bis TOP 5
Ursula Zurhausen	Borken	

Es fehlen entschuldigt:

Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
Markus Schulte	Gronau
Friedhelm Weikamp	Rhede
Holger Weiß	Bocholt

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Wilfried Kersting
Sofia Arnold
Ramona Bülsing

Gäste:

Herr Dr. Siefert, LLR Legerlotz Laschet Rechtsanwälte
Herr Terjung, BDO Deutsche Warentreuhand AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 16:10 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Es liegt keine Einwohnerfrage vor.

Punkt 2: Verabschiedung der Haushaltssatzung 2009 Vorlage: 0326/2008

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Zu den Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden Tönnes, Schulte, Weddeling, Welper und Schöning wird auf die **Anlagen 1 bis 5** zur Niederschrift verwiesen.

Kreistagsabgeordneter Peschkes kritisiert, die Haushaltsrede des Kreistagsabgeordneten Tönnes enthalte viele Platzhalter, denen er zustimmen könne. An konkreten Vorschlägen zur Umsetzung mangle es aber. Der Antrag Nr. 00-05 der FDP-Fraktion zur Kreisumlage führe bei seiner Umsetzung direkt in die Haushaltssicherung.

Kreistagsabgeordneter Eisele teilt mit, es falle dem Kreistagsabgeordneten Tönnes offensichtlich schwer, die für Unverständnis sorgende Politik der CDU-Kreistagsfraktion zu erklären. Er erinnere an die Fehler im Aufsichtsrat der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH. Aber z.B. auch im Umweltbereich blieben viele Probleme offen, wie die Nitratbelastung im Nordkreis oder die Massentierhaltung im Südkreis. Im Projekt „Region in der Balance – Regionale Allianz für die Fläche im Kreis Borken“ vermisste er konkrete Ziele. Zudem sei der Kreistag beim Ausbau des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden jüngst getäuscht worden.

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R., appelliert, die Fraktionen sollten zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zusammenarbeiten. Gute Anträge der kleineren Fraktionen würden oft abgelehnt und dann später von der Mehrheitsfraktion wieder aufgegriffen. So habe die UWG-Fraktion seit 1997 immer wieder Anträge zur Energiethematik gestellt, die nahezu inhaltsgleich jetzt von der CDU-Fraktion eingebracht würden.

Kreistagsabgeordneter Horstick erklärt, die Darstellung des Kreistagsabgeordneten Schöning zum Antrag „Schutzengel“ unterschlage, dass der Antrag seinerzeit im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nach erfolgter Beratung ganz offiziell und mit Unterstützung des Vertreters der FDP-Fraktion an die Arbeitsgemeinschaft Verkehrserziehung verwiesen worden sei.

Kreistagsabgeordneter Steiner wünscht, dass die Mehrheitsfraktion den kleineren Fraktionen auch bei den Haushaltsanträgen entgegenkomme und die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt würden.

Zum Antrag 12-05 (Photovoltaikanlagen) betont Kreistagsabgeordneter Eisele, der Antrag sollte als gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN beraten werden.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, entsprechend zu verfahren.

Kreistagsabgeordneter Weddeling teilt mit, seine Fraktion werde dem Antrag 12-02 (Photovoltaikanlagen) der SPD-Fraktion zustimmen.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann zunächst über die noch aufrecht erhaltenen Anträge der Fraktionen anhand der Liste der Änderungsanträge vom 27.01.2009 – Stand nach Abschluss der Beratungen im Kreisausschuss – (alle Abstimmungsergebnisse s. **Anlage 6** zur Niederschrift) abstimmen. Anschließend trägt er den gegenüber der **Sitzungsvorlage Nr. 0326/2008** geänderten Beschlussvorschlag vor und lässt hierüber abstimmen:

Beschluss:

32 Ja-Stimmen
20 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

Die Haushaltssatzung 2009 mit ihren Anlagen wird in der Fassung des Haushaltsentwurfs vom 20.11.2008 unter Berücksichtigung

- der Änderungsliste sowie
- mehrheitlich befürworteter Änderungsanträge aus der Antragsliste verabschiedet.

Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage wird somit auf 32,3 % festgesetzt.
Der Hebesatz der Jugendamtsumlage liegt für das Haushaltsjahr 2009 bei 18,3 %.

Die bisherige Geschäftsanweisung für die budgetorientierte Haushaltswirtschaft (vom 21.05.2002) bleibt bis zum Erlass einer neuen Regelung sinngemäß weiter in Kraft.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., stellt den Antrag wegen der anwesenden niederländischen Zuhörerinnen und Zuhörer, den Tagesordnungspunkt 6 „Flugplatz Stadtlohn-Vreden“ vorzuziehen und jetzt zu beraten.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, entsprechend zu verfahren.

Punkt 3: Flugplatz Stadtlohn-Vreden

Punkt 3 a): Entwicklung des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden

- **Vorlage: 0007/2009**
 - **Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2009**
Vorlage: 0014/2009
 - **Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN und des Kreistagsabgeordneten Jens Steiner vom 29.01.2009**
Vorlage: 0023/2009
 - **Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.01.2009**
Vorlage: 0022/2009
-

Berichtersteller/in: Landrat Gerd Wiesmann

Landrat Gerd Wiesmann weist den von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Haushaltsberatung 2009 geäußerten Vorwurf, den Kreistag getäuscht zu haben, entschieden zurück. Bereits im September des vergangenen Jahres habe er den Kreisausschuss und den Kreistag ausführlich über die sich abzeichnenden Entwicklungen informiert. Der Antrag der

SPD-Fraktion, **Sitzungsvorlage Nr. 0014/2009**, sei sowohl für den Kreisausschuss am 22.01.2009, als auch für die heutige Sitzung gestellt worden. In der Sitzung des Kreisausschusses sei der Antrag mündlich dahingehend geändert worden, dass die Verwaltung aufgefordert werde, bis zur heutigen Kreistagssitzung eine geänderte Beschlussvorlage vorzulegen. Dieser Antrag sei abgelehnt worden und damit erledigt. Die Vorgehensweise des Kreistagsabgeordneten Steiner und der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sei inkonsequent und ihre Ernsthaftigkeit zweifelhaft. Zunächst hätten beide selbst die Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung Münster eingeschaltet, um klären zu lassen, ob eine neue Beschlussfassung in der Frage des Flugplatzausbaus notwendig sei. Ohne das Prüfergebnis abzuwarten werde nun ein neuer Antrag, **Sitzungsvorlage Nr. 0023/2009**, gestellt, der auch noch konträr zu der wahrhaftig vertretenen Meinung sei. Aufgrund des noch laufenden Verfahrens bei der Bezirksregierung Münster schlage er vor, die Beratung dieses Antrages auf die kommende Sitzung des Kreistages zu vertagen.

Kreistagsabgeordneter Ballenthin stellt vor diesem Hintergrund einen Antrag nach § 10 Abs. 8 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Borken, die Beratung über die **Sitzungsvorlage Nr. 0023/2009** zu vertagen und zunächst die Haltung der Bezirksregierung Münster abzuwarten.

Kreistagsabgeordneter Steiner betont, es sei bemerkenswert, dass Landrat Wiesmann sich nun auf die kommunalaufsichtliche Beschwerde bei der Bezirksregierung Münster berufe, obwohl er diese anscheinend für substanzlos halte. Zudem seien das kommunalaufsichtliche Beschwerdeverfahren und das Stellen von Anträgen zu Tagesordnungspunkten zu unterscheidende Vorgänge.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Steiner teilt Landrat Gerd Wiesmann mit, er zumindest nehme die Bezirksregierung Münster ernst und werde bis zum Eingang der Stellungnahme nicht mit dem Ausbau des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden beginnen.

Kreistagsabgeordneter Schöning teilt mit, seine Fraktion werde sich dem Vertagungsantrag anschließen.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über diesen abstimmen:

Beschluss: 35 Ja-Stimmen
 10 Nein-Stimmen
 12 Enthaltungen

Damit wird dem Antrag stattgegeben.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U. teilt mit, sie nehme ihren Vorwurf aus der letzten Sitzung des Kreisausschusses, nicht richtig informiert worden zu sein, zurück. Im Hinblick auf den früheren Antrag der FDP-Fraktion, **Sitzungsvorlage Nr. 0228/2008**, den Flugplatz Egelsbach als gutes Beispiel zu besichtigen, verweise sie auf den heutigen Bericht im Bocholt-Borkener Volksblatt. Danach habe der Flugplatz Liquiditätsprobleme.

Kreistagsabgeordnete Kisfeld und Steiner bitten, die unter Nr. 6 der Antwort der Verwaltung vom 28.01.2009 auf die Anfrage der SPD-Fraktion, **Sitzungsvorlage Nr. 0022/2008**, aufgeführte Zahlenübersicht zu überprüfen. Die Zahlen würden von den im Aufsichtsrat der Flugplatz Wenningfeld GmbH genannten abweichen.

Landrat Gerd Wiesmann sichert eine Klärung im Aufsichtsrat der Flugplatz Wenningfeld GmbH zu.

Kreistagsabgeordnete Welper erklärt, der Eigentümer des noch fehlenden Grundstückes sei grundsätzlich verhandlungsbereit. Sogar Vorverträge und ein Termin beim Notar hätten festgestanden. Angeblich habe der Kreis Borken plötzlich nicht weiter verhandeln wollen.

Landrat Gerd Wiesmann berichtet, natürlich sei verhandelt worden. Trotz zuletzt guter Gespräche sei man sich aber über die Höhe des Kaufpreises bislang nie einig gewesen. Das Verhandlungsergebnis müsse auch für den Kreis Borken vertretbar bleiben. Eine Enteignung werde nicht angestrebt, sei als letztes Mittel aber auch nicht auszuschließen. Der stufenweise Ausbau sei nichts Anrühiges, sondern ein intensives Bemühen in der Sache voranzukommen.

Kreistagsabgeordneter Steiner teilt mit, die Mitarbeiter der Kreisverwaltung hätten ihn während der Einsichtnahme in die Akten sehr freundlich begleitet. Die Antwort der Verwaltung auf seine Anfrage, **Sitzungsvorlage Nr. 0320/2008**, erstaune ihn aber insoweit, als es nach fünf Jahren noch immer nicht möglich sei, zu benennen, wie viele Interessenten mit einer konkret erklärten Nutzungsabsicht des Verkehrslandesplatzes nach dem Ausbau bekannt seien. Er bitte, in der Niederschrift anzugeben, mit welchem Abstimmungsergebnis die Geschäftsführung der Flugplatz Wenningfeld GmbH ermächtigt worden sei, gegebenenfalls ein Enteignungsverfahren anzugehen.

(Antwort: Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)

Kreistagsabgeordneter Eisele erklärt, das jetzige Verhalten sei im Prinzip ein Ausweichen. Die Beschwerde an die Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung Münster mit dem jetzt vorgelegten Antrag zu verknüpfen, halte er für unseriös. Das Vorgehen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sei demokratisch gerechtfertigt. Er habe sich mehr Sachlichkeit gewünscht.

Landrat Gerd Wiesmann betont, er werde keine Entscheidungen herbeiführen, die bereits getroffen und daher nicht erneut nötig seien. Er habe große Zweifel, ob ein zu der eigenen Meinung konträrer Antrag mit dem Ziel eines Bürgerbegehrens überhaupt rechtmäßig sei. Unabhängig davon lehne er einen solchen Umgang miteinander strikt ab und habe ihn auch von der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN nicht erwartet. Er bestreite dabei nicht das Recht zu inhaltlichen Differenzen oder das Recht, sich mit einer Beschwerde an die Kommunalaufsicht zu wenden.

Kreistagsabgeordneter Steiner bemerkt, es sei zwar ungewöhnlich, aber durchaus legitim über den vorgelegten Antrag den Weg für ein Bürgerbegehren zu öffnen.

Kreistagsabgeordneter Ludwig legt dar, die SPD-Fraktion könne einem solchen Weg nicht zustimmen. Die Möglichkeiten der Geschäftsordnung sollten überdies nicht um jeden Preis ausgenutzt werden.

Kreistagsabgeordneter Weddeling bedauert den „unglücklichen“ Antrag für die Fraktionen, die sich in der Ablehnung der Sache einig seien. Er frage sich, wie man den Bürgerinnen und Bürgern den Antrag erklären solle.

Kreistagsabgeordnete Welper erklärt, es gebe etwa 40 Widersprüche von niederländischer Seite, auf die bisher nicht eingegangen worden sei. Sie frage sich, ob hier gut miteinander umgegangen werde. Die Rahmenbedingungen für den Ausbau seien verändert, weshalb den Fraktionen Gelegenheit gegeben werden müsse, sich erneut zu positionieren.

Landrat Gerd Wiesmann stellt klar, für die Bearbeitung der Widersprüche sei die Bezirksregierung Münster zuständig.

Kreistagsabgeordneter Schöning bittet im Hinblick auf die erfolgte Vertagung die Diskussion zu beenden. Er glaube nicht an den Erfolg des Antrages. Es sei zudem besser, einen geraden Weg einzuschlagen.

Der Kreistag nimmt den Sachstandsbericht zum Ausbau der Start- und Landebahn am Flugplatz Stadtlohn-Vreden zur Kenntnis.

Punkt 3 b): Änderung der Gesellschaftsverträge der Flugplatzbetriebsgesellschaft Stadtlohn mbH (FBG) und der Flugplatz Wenningfeld GmbH (FWG) sowie Stammkapitalerhöhung bei der FWG

- **Vorlage: 0003/2009**
 - **Ergänzungsvorlage: 0003/2009/1**
-

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Völkening antwortet Kreisdirektor Werner Haßenkamp, im rechtlichen Konstrukt einer GmbH seien die Gesellschafter zu einem Nachschuss (vgl. § 20 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages der Flugplatz Wenningfeld GmbH) verpflichtet. Würde der Kreis Borken der Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW folgen, sich hinsichtlich Nachschüssen und Verlustabdeckungen nicht zu verpflichten, wäre eine Beteiligung an einer GmbH als Gesellschafter nicht möglich.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über die **Sitzungsvorlage 0003/2009/1** abstimmen:

Beschluss:

34 Ja-Stimmen
20 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

1. Der Kreistag stimmt der Stammkapitalerhöhung bei der Flugplatz Wenningfeld GmbH in Höhe von 240.000,00 € zuzüglich eines eventuellen Gewinnes des Jahres 2008 zur Finanzierung der Übernahme der Flugplatzbetriebsgesellschaft Stadtlohn durch die Flugplatz Wenningfeld GmbH und der anteiligen Beteiligung des Kreises Borken in Höhe von 88 % an dem Betrag zu.
2. Der Kreistag billigt die Entwürfe der neuen Gesellschaftsverträge der Flugplatz Wenningfeld GmbH (Anlage 1) und der Flugplatzbetriebsgesellschaft Stadtlohn mbH (Anlage 2) sowie die Änderungen dieser Ergänzungsvorlage.
3. Die Vertreter des Kreises Borken in den Gremien der Flugplatz Wenningfeld GmbH werden beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse zur Umsetzung der Beschlüsse zu Punkt 1. und 2. zu fassen.

Punkt 3 c): Antrag/ Anfrage des Kreistagsabgeordneten Jens Steiner vom 12.12.2008
Vorlage: 0320/2008

siehe Beratung zu Tagesordnungspunkt 3 a)

Punkt 4: Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über den wesentlichen Inhalt und die Beratung des Prüfberichtes der Gemeindeprüfungsanstalt zur Eröffnungsbilanz des Kreises Borken, Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 und Entlastung des Landrats
Vorlage: 0006/2009

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses

Die erste stellvertretende Landrätin Gabriele Wahle übernimmt für diesen Punkt die Sitzungsleitung.

Kreistagsabgeordneter Ahold berichtet als stellvertretender Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses über den wesentlichen Inhalt des Prüfberichtes der GPA zur Eröffnungsbilanz und zum Ergebnis der Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss am 08.12.2008 (**siehe Anlage 7**).

Die erste stellvertretende Landrätin Gabriele Wahle lässt sodann über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages abstimmen. Landrat Gerd Wiesmann nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss: einstimmig

- 1) Die Eröffnungsbilanz des Kreises Borken zum 01.01.2006 wird in der am 03.04.2008 durch die Revision des Kreises Borken und am 14.04.2008 im Rechnungsprüfungsausschuss bestätigten Fassung festgestellt.
- 2) Dem Landrat wird ohne Einschränkung Entlastung erteilt.

Punkt 5: Änderung der Hauptsatzung des Kreises Borken
hier: Bekanntmachungsform für Tierseuchenverfügungen
Vorlage: 0317/2008

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt die als Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. 0317/2008 beigefügte Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Kreises Borken.

Punkt 6: Gründung der REGIONALE 2016 - Agentur GmbH
Vorlage: 0321/2008

Berichtersteller/in: Landrat Gerd Wiesmann

Kreistagsabgeordnete Saatkamp bedauert, im Kreisausschuss seien für die Gesellschafterversammlung allein Vertreter/innen der CDU-Fraktion benannt worden. Sie hätte es gut gefunden, wenn auch andere Fraktionen vertreten gewesen wären. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN befürwortete die REGIONALE 2016. Wichtig sei, die Initiative privater Akteure zu fördern, auf Nachhaltigkeit zu achten und über die Interfraktionelle Arbeitsgruppe REGIONALE 2016 alle Fraktionen einzubinden.

Kreistagsabgeordneter Tönnies unterstreicht, er habe im Kreisausschuss für die Gesellschafterversammlung keine Personen, sondern Funktionen – Landrat, stv. Landrätin, Kreisdirektor und Vorsitzende des Umweltausschusses – genannt.

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R., wünscht, dass im Rechnungsprüfungsausschuss über Beteiligungsquoten des Kreises Borken bei gemeinsamen Gesellschaften und Projekten mit anderen Kreisen beraten werde. Er habe den Eindruck, der Kreis Borken trage oftmals finanziell einen zu hohen Anteil. Auch vorliegend liege die Quote des Kreises Borken bei 45 % und die des Kreises Coesfeld bei nur 27 %.

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues erläutert, die Beteiligungsquoten hätten sich während des Bewerbungsverfahrens so entwickelt. Dies sei auch in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe REGIONALE 2016 am 07.01.2009 dargelegt worden.

Beschluss: einstimmig bei 4 Enthaltungen

1. Der Kreis Borken gründet gemeinsam mit dem Kreis Coesfeld, den jeweils kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie den Städten und Gemeinden Dorsten, Haltern am See, Hamminkeln, Hünxe, Schermbeck, Selm und Werne eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma REGIONALE 2016 – Agentur GmbH. Das Stammkapital beträgt 25.000 Euro. Auf das Stammkapital übernimmt der Kreis Borken eine Stammeinlage in Höhe von 6.000 Euro, die in bar zu erbringen ist.
2. Als Vertreter/-innen in der Gesellschafterversammlung werden bestellt:

Vertreter/in	Stellvertreter/-in
Landrat Gerd Wiesmann	Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Magdalene Garvert	Gabriele Wahle

3. Als Vertreter/-innen im Aufsichtsrat werden bestellt:

Vertreter/in	Stellvertreter/-in
Landrat Gerd Wiesmann	Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues	Kreisverwaltungsdirektor Wilfried Kersting

4. Der Landrat wird ermächtigt, den Kreis Borken bei der Gründung der Gesellschaft zu vertreten, den Gesellschaftsvertrag zu beschließen und schon vor Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister bei der Beschlussfassung über die Erstbestellung der Geschäftsführung mitzuwirken. Dies gilt auch für eine von dem anliegenden Vertragsentwurf abweichende Fassung, sofern die Rechtsstellung des Kreises nicht wesentlich berührt wird.

Punkt 7: Organisation und Änderung des Gesellschaftsvertrages der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH
Vorlage: 0009/2009

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Rechtsanwalt Dr. Siepelt führt in das Vertragswerk ein und erläutert insbesondere die wesentlichen strukturellen Veränderungen und Besonderheiten. Anhand einer Folie (**Anlage 8**) gibt er Änderungsvorschläge gegenüber der Vorlage, unter anderem als Reaktion auf die Anregungen aus der Sitzung des Kreisausschusses am 22.01.2009.

Kreistagsabgeordneter Ballenthin fragt, ob die Kreisausschussmitglieder, die im Aufsichtsrat vertreten seien, zugleich auch als Stellvertreter/innen in der Gesellschafterversammlung tätig sein könnten.

Rechtsanwalt Dr. Siepelt erklärt, dies sei unter Berücksichtigung der Pflichtenbindung möglich.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U. erkundigt sich, ob die für den Aufsichtsrat vorgesehene Zustimmung unter § 10 Ziffer 5 c) des Gesellschaftsvertrages der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH

„Die Geschäftsführung bedarf im Bereich der Aufnahme neuer Geschäftszweige im Rahmen des Unternehmensgegenstandes oder der Aufgabe von Tätigkeitsbereichen zur Vornahme von Rechtsgeschäften oder Handlungen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates.“

auch dem Aufgabenkreis der Gesellschafterversammlung zugeordnet werden kann.

Rechtsanwalt Dr. Siepelt legt dar, dies sei grundsätzlich möglich, im Hinblick auf die Praktikabilität allerdings nicht zu empfehlen. Während der Aufsichtsrat in regelmäßigem Turnus zusammenkomme und so zeitnah reagieren könne, tage die Gesellschafterversammlung regelmäßig nur einmal jährlich.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U. beantragt, die Zustimmung zur Aufnahme neuer Geschäftszweige im Rahmen des Unternehmensgegenstandes oder der Aufgabe von Tätigkeitsbereichen zur Vornahme von Rechtsgeschäften oder Handlungen dem Aufgabenkreis der Gesellschafterversammlung zuzuordnen.

Kreistagsabgeordnete Temminghoff, R. und Eisele begrüßen die vorgesehene Regelung des § 6 Abs. 4.

Auf Hinweis der Kreistagsabgeordneten Tanjsek sichert Landrat Gerd Wiesmann zu, den Vertrag vor der Unterzeichnung auf geschlechterneutrale Formulierungen zu prüfen.

Auf Nachfragen des Kreistagsabgeordneten Schöning weist Rechtsanwalt Dr. Siepelt darauf hin, dass bei der Vertretungsregelung im Aufsichtsrat gegenüber der Gesellschafterversammlung nur eingeschränkte Möglichkeiten bestünden. Das Stimmrecht könne im Aufsichtsrat im Vertretungsfall immer nur per Stimmbotschaft des zu Vertretenden weitergegeben werden. Sofern ein Unterausschuss des Aufsichtsrates eine Teilnahme der Geschäftsführung an einer seiner Sitzungen wünsche, müsse die Geschäftsführung dem folgen. Umgekehrt sei ein Unterausschuss des Aufsichtsrates nicht verpflichtet, die Geschäftsführung auf dessen Wunsch an einer Sitzung teilnehmen zu lassen.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Saatkamp verdeutlicht Rechtsanwalt Dr. Siepelt, die Aufsichtsratsmitglieder müssten keine Kreistagsmitglieder sein. Vielmehr sei der Kreistag nach der geplanten Regelung frei, auch jeden Dritten zu benennen.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Schöning stellt Kreisdirektor Werner Haßenkamp klar, Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesellschaftsvertrages sei der 01.11.2009, so dass in dieser Wahlperiode kein neuer Aufsichtsrat mehr gewählt werden müsse.

Landrat Gerd Wiesmann lässt über den **mündlichen Antrag der SPD-Fraktion** abstimmen:

Beschluss: 46 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

Die für den Aufsichtsrat vorgesehene Zustimmung unter § 10 Ziffer 5 c) des Gesellschaftsvertrages der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH

„Die Geschäftsführung bedarf im Bereich der Aufnahme neuer Geschäftszweige im Rahmen des Unternehmensgegenstandes oder der Aufgabe von Tätigkeitsbereichen zur Vornahme von Rechtsgeschäften oder Handlungen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates.“

soll dem Aufgabenkreis der Gesellschafterversammlung zugeordnet werden.

Im Anschluss stellt Herr Terjung, BDO, den Entwurf eines Organigramms der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH vor.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Ahold führt Herr Terjung aus, die Innenrevision sei wegen der erforderlichen Unabhängigkeit von den operativen Einheiten losgelöst. Es handele sich um einen Innenrevisor im Unternehmen, der von der Revision des Kreises Borken oder Dritten unterstützt werden könne.

Herr Terjung bejaht die Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Tönnes, dass das Organigramm von der Gesellschafterversammlung beschlossen werde.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., teilt mit, ihre Fraktion lege Wert darauf, dass das Cash-Pooling mit dem Kreis Borken eingerichtet werde. Die Gesellschafterversammlung solle sich dafür einsetzen.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über die **Sitzungsvorlage Nr. 0009/2009** unter Berücksichtigung der von Rechtsanwalt Dr. Siefert vorgestellten Änderungen abstimmen:

Beschluss: 47 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

Dem vorgelegten Entwurf für einen neuen Gesellschaftervertrag der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH (EGW) wird unter Berücksichtigung folgender Änderungen zugestimmt:

§ 6 Abs. 4 :

Eine nicht fristgemäß einberufene Gesellschafterversammlung kann Beschlüsse nur fassen, wenn alle Vertreter des Gesellschafters anwesend oder vertreten sind und kein Vertreter des Gesellschafters Widerspruch gegen die Beschlussfassung erhebt. Für jedes Mitglied der Gesellschafterversammlung ist für den Verhinderungsfall ein stimmberechtigter Stellvertreter aus den Reihen des Kreistags entsprechend der Regelung des § 51 Abs. 2 KreisO NW zu bestimmen. Die Stellvertreter werden im Fall auch deren Verhinderung ebenfalls in entsprechender Anwendung des § 51 Abs. 2 KreisO NW durch eine andere Person aus dem Kreis der benannten Stellvertreter nach einem vorher festgelegten Verfahren vertreten. Sind drei Viertel der Mitglieder in der Gesellschafterversammlung anwesend oder vertreten, gilt der Gesellschafter als vertreten.

§ 10 Abs. 7 :

.....sowie Wertgrenzen und Beträge für Rechtsgeschäfte, zu denen die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedarf, bestimmen und ändern, soweit...

Die Gesellschafterversammlung der EGW wird angewiesen, diesen Gesellschaftervertrag mit dem Ziel eines Inkrafttretens zum 01.11.2009 zu beschließen.

Punkt 8: Bündelung der amtlichen Untersuchungseinrichtungen auf den Gebieten Lebens- und Futtermittel, Bedarfsgegenstände sowie Tiergesundheit in Nordrhein-Westfalen
hier: Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts (AÖR) zwecks Zusammenführung des Staatlichen Veterinär- und chemischen Landesuntersuchungsamtes in Münster und des Chemischen Untersuchungsamtes Emscher-Lippe in Recklinghausen
Vorlage: 0323/2008

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick weist bezüglich des weiteren Vorgehens, vgl. Seite 3 der Vorlage oben, darauf hin, dass in allen Fragen Einigkeit bestehe. Der Zeitplan lasse eine Entscheidung in der Sitzung des Kreistages am 02.04.2009 zu.

Beschluss: einstimmig

Der Stand der Vorbereitungen der AÖR Münster-Emscher-Lippe wird zur Kenntnis genommen. Es wird empfohlen, gemeinsam mit allen anderen beteiligten Kommunen die Trägerschaft anzustreben.

Punkt 9: Entwurf des Landschaftsplanes "Raesfeld"
1. Änderung des Geltungsbereiches
2. Beratung und Beschlussfassung über die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange sowie die Ergebnisse der frühzeitigen Bürgerbeteiligung
3. Beschluss über die öffentliche Auslegung
Vorlage: 0281/2008

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig

1. Der Geltungsbereich des Landschaftsplanes „Raesfeld“ wird um die Grundstücke Gemarkung Marbeck, Flur 15, Flurstücke 25, 26 und 27 erweitert. Diese sind nunmehr Bestandteil des Landschaftsplanes „Raesfeld“. Der Beschluss wird gem. §§ 27 und 29 LG NW ortsüblich bekannt gemacht.
2. Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken sowie die Ergebnisse der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wird entsprechend der in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Vorschläge beschlossen.

3. Der Entwurf des Landschaftsplanes „Raesfeld“ wird in der Zeit vom 02.03.2009 bis 01.04.2009 öffentlich ausgelegt (§ 27 c LG NW).

**Punkt 10: Abschließende Baumaßnahme für das Berufsorientierungszentrum (BOZ) der Berufsbildungsstätte Ahaus (BBS) und Neubau und Verlegung des von der BBS betriebenen Kindergartens
Vorlage: 0256/2008**

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Dem geplanten abschließenden Bauvorhaben für das Berufsorientierungszentrum (BOZ) der Berufsbildungsstätte Westmünsterland in Ahaus und dem Neubau eines Kindergartens mit zwei Gruppen mit einem Kostenvolumen von 1,95 Mio. € wird zugestimmt. Die erforderlichen Kreismittel in Höhe von 1,45 Mio. € werden in den Jahren 2009 und 2010 bereitgestellt.

**Punkt 11: Straßenbericht 2009 mit Straßenbauprogramm und Hochbauprogramm 2009 mit Energiebericht
Vorlage: 0322/2008**

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, entsprechend dem Wunsch des Kreistagsabgeordneten Epping über den Straßenbericht 2009 mit Straßenbauprogramm und das Hochbauprogramm 2009 mit Energiebericht getrennt abzustimmen.

Beschluss: einstimmig bei 4 Enthaltungen

Dem Straßenbericht 2009 wird zugestimmt.

Beschluss: einstimmig

Dem Hochbauprogramm 2009 wird zugestimmt.

**Punkt 12: Übernahme der Gesellschaftsanteile der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) von den kreisangehörigen Städten
Vorlage: 0008/2009**

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Beschluss: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Der Kreis Borken übernimmt von den kreisangehörigen Städten die Gesellschaftsanteile an der RVM zum Nennwert.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle hierzu erforderlichen Rechtshandlungen vorzunehmen. Die Vertreter des Kreises in den Gremien werden beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse in den Gesellschaftsgremien herbeizuführen.

Punkt 13: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 14: Anfragen

Punkt 14.1: Fehlende Lehrerstellen im Kreis durch die Diskrepanz zwischen Berechnung der Lehrerstellen und den tatsächlich benötigten bzw. vorhandenen Lehrerstellen
Vorlage: 0010/2009

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., erklärt, sie sehe ein, dass die Anfrage durch das Land NRW beantwortet werden müsse. Sie bittet eine Antwort von dort zur Verfügung zu stellen, **(Anlage 9)**.

Punkt 14.2: Konjunkturpaket II der Bundesregierung

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Baumaßnahme „Landeskundliches Institut Westmünsterland“ im Rahmen des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung umgesetzt werden könne.

Landrat Gerd Wiesmann sichert dies zu und teilt mit, im Landkreistag NRW werde die Gesetzesvorlage aus Berlin diskutiert. Es gebe weiterhin unterschiedliche Ansichten über die Auszahlungsmodalitäten an die Kommunen. So könnten die Mittel über Antragsverfahren oder unbürokratisch als Pauschalen verteilt werden. Die Verwaltung bereite ihre Planungen auf Basis der jetzigen noch mit Unsicherheit behafteten Erkenntnisse auf.

Ende des öffentlichen Teils